

milienwerte müßten reaktiviert und wiederhergestellt werden.

Eine innerkirchliche kontrovers diskutierte Frage sprechen die Bischöfe im Zusammenhang mit der Aufgabe der *Gemeinden* an (vgl. HK, März 1990, 102). Die finanziellen Realitäten in den Gemeinden und den Diözesen müßten mit der „harten Realität der menschlichen Bedürfnisse“ abgewogen werden. Für eine „Kirche der Wohlhabenden und der sozialen Aufsteiger“ könne dies ein störender Faktor sein – aber als Kirche, die sich einer „Option für die Armen“ verschrieben habe, sei die Präsenz in diesen Bevölkerungsteilen eine Herausforderung. Die Bischöfe sprechen damit das *Dilemma* an, daß bei in verschiedenen Teilen des Landes fälligen Schließungen von Innenstadtgemeinden und kirchlichen Sozial- und Bildungseinrichtungen nicht selten Minderheiten, die Schwarzen, zuallererst, das Nachsehen haben.

Im Abschnitt „Dienstämter und Führungskräfte“ sprechen sich die US-Bischöfe für eine verstärkte Mitwirkung der Schwarzen in den Zentren kirchlichen Lebens aus: in den *Orden*, als *Priester*, unter den *Ständigen Diakonen* und auch in den kirchlichen *Medienberufen*. Schließlich werden die Gemeinden dazu aufgefordert, ihrerseits eine führende Rolle im Einsatz der Kirche vor Ort in Fragen von *Frieden*, *Gerechtigkeit* und *Menschenrechten* einzunehmen. Gerade die afro-amerikanische Gemeinde solle aus der unmittelbaren Berührung mit den täglichen sozialen Problemen heraus tätig werden – mehr als anderswo könne dort das abstrakte Anliegen konkrete Gestalt annehmen.

Nicht erwähnt wird in dem Dokument die gerade im Zusammenhang mit dem Fall Stallings verstärkt diskutierte Frage, ob es auf die Dauer einen *eigenen afro-amerikanischen Ritus*, möglicherweise sogar mit eigener Hierarchie und eigenem Klerus geben soll analog etwa zu den „unierten“ Kirchen mit orientalischem Ritus. Die 13 schwarzen US-Bischöfe lehnen eine solche Lösung ab – unter führenden Vertretern der afro-amerikanischen Katholiken sind die Meinungen darüber geteilt. Sehr nachdrücklich sprach sich der schwarze Historiker

Giles Conwell in einem Zeitschriftenbeitrag für den „National Catholic Reporter“ (25. 8. 89) für die Schaffung eines eigenen Ritus aus: Auf „subtile Weise rassistisch“ nennt es Conwell, wenn schwarze Bischöfe nur in Städten mit einer schwarzen Bevölkerungsmehrheit ernannt würden, während weiße Bischöfe durchaus auch Diözesen vorstünden, in denen die Bevölkerung mehrheitlich Schwarze, Hispanics und die sogenannten „Natives“ indianischer Herkunft sind. Den zentralen Grund für die Einführung eines eigenen Ritus sieht Conwell vor allem in dem „Versäumnis der Kirche, eine sich eng aus der afro-amerikanischen Kultur ableitende Bearbeitung der Liturgie“ eingeführt zu haben.

Die Gefahr eines „kulturellen Solipsismus“

Gegner dieser Position weisen darauf hin, daß die Schaffung eines eigenen Ritus eher eine Schwächung der afro-amerikanischen Gemeinschaft bedeuten würde als eine Stärkung, weil man so jeden einzelnen zwingt, sich zwischen diesen beiden Möglichkeiten entscheiden zu müssen. Außerdem wird daran erinnert, daß die bereits bestehenden Möglichkeiten zu einer an die afro-amerikanische Kultur angepaßten Liturgie vielerorts bis heute gar nicht ausgeschöpft würden.

In einer vielbeachteten Ansprache warnte der schwarze Chicagoer Weihbischof *Wilton Gregory* im Sommer letzten Jahres (vgl. Origins, 7. 9. 89, 225 ff.) vor der Gefahr einer zuneh-

menden kulturellen Selbstabschottung: Dieser Prozeß könne auch zu einem „kulturellen Solipsismus“ führen, so daß der Dialog über die eigenen Grenzen hinaus schwerer würde: „Wenn jede Beobachtung von außen gleich als rassistisch, manipulativ, fremd und deswegen als gefährlich eingestuft wird, wie soll dann eine Kultur einen Dialog mit der Welt außerhalb in Gang setzen?“ Außerdem lenkte Weihbischof Gregory die Aufmerksamkeit auf diejenigen Schwarzen, die diesen Weg in eine in sich abschließende Sonderkultur nicht mitgehen würden.

Mit diesen Einwänden versuchte Gregory jedoch keineswegs jenes im Gefolge der Ereignisse um Stallings unter schwarzen Katholiken wieder neu bewußt gewordene Gefühl zu übergehen, doch nicht voll „in der Mitte der katholischen Kirche der USA“ angesiedelt zu sein. Er räumte auch ein: trotz aller Fortschritte lebe man weiterhin isoliert am Rande der übrigen Katholiken und trotz aller Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg fühle er ein „starkes Bedürfnis“ nach mehr Selbstbestimmung der Schwarzen. Gegenwärtig, so Gregory, gehe es im übrigen aber sehr viel mehr um kulturelle *Selbstbestimmung* als um die Zulassung einiger liturgischer Sonderentwicklungen. Und die eigentliche Herausforderung für die Kirche bestehe nicht darin, sich einen bestimmten Frömmigkeitsstil zu eigen zu machen, sondern darin, eine Kultur positiv anzunehmen, aus der sich solche Formen entwickeln können. K. N.

Nicaragua: Schlechte Aussichten nach einem unverhofften Sieg

Der Ausgang der ersten freien nicaraguanischen Wahlen vom 26. Februar überraschte gleichermaßen alle: das mit 55,2 Prozent der Stimmen siegreiche Oppositionsbündnis UNO und seine Präsidentschaftskandidatin *Violeta Chamorro*, die mit 40,8 Prozent gescheiterte Regierungspartei der San-

dinistischen Befreiungsfront FSLN, das durch mehrere Tausend Wahlbeobachter vertretene Ausland. Das Wahlergebnis zog den vorläufigen Schlußstrich unter zehn Jahre sandinistischer Herrschaft, die sich am Anfang zu Recht, dann aber mit schwindender Legitimation als Herrschaft

des Volkes verstehen wollte. Entsprechend groß waren die Befürchtungen unmittelbar nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses, wie Sieger und Besiegte – an der Spitze wie die an der Parteibasis – reagieren würden.

Weder Sieger noch Besiegte?

Anders als im vorausgegangenen Wahlkampf jedoch, in dem die politischen Gegner nicht gerade zimperlich miteinander umgegangen waren, schlugen sich Triumph und Jubel auf der einen, die unerwartete und um so bitterere Enttäuschung auf der anderen Seite weder in verbalen Attacken noch in nennenswerten Krawallen nieder. Präsident *Daniel Ortega* hielt die wohl staatsmännischste Rede seines Lebens; ihr Kernsatz: „Ich möchte in meinem wie im Namen meiner Familie, meiner Freunde und Brüder der Nationalen Direktion der FSLN, der Parteimitglieder, im Namen dieses heroischen Volkes . . . vor allen Nicaraguanern sowie allen Völkern der Welt erklären, daß der Präsident und die Regierung von Nicaragua das öffentliche Mandat, das diese Wahlen ergeben haben, respektieren und achten werden.“ Die Wahl habe Nicaragua einen neuen Weg eröffnet, „einen Weg ohne Krieg“. Dem Verlierer Ortega blieb der Stolz über die sauber verlaufenen Wahlen, die skeptische Beobachter, allen voran die Amerikaner, den Sandinisten schlicht nicht zuge-
traut hatten. Gleichwohl versuchte der scheidende Präsident vor seinen Anhängern, die sandinistische Revolution auch unter veränderten politischen Gegebenheiten als unaufgebbare Errungenschaft darzustellen: „Die Revolution geht unten weiter.“ Seine Vorstellung, die Vormachtstellung der Armee im Staat und die enge Verquickung von sandinistischer Partei und den Streitkräften in die neue Regierung hinüberzuretten, ist bei der Wahlsiegerin Chamorro auf entschiedenen Widerspruch gestoßen.

Die zukünftige Präsidentin Nicaraguas erklärte noch in der Wahlnacht, für sie werde es „weder Sieger noch Besiegte“ geben. (Ihr engster Mitar-

beiter und zukünftiger Vizepräsident *Virgilio Godoy* hatte im Wahlkampf für den Fall eines Wahlsiegs den Sandinisten eine Abrechnung „Kopf für Kopf“ angedroht.) Frau Chamorro scheint indes guten Willens, mit den Sandinisten als der stärksten Partei des Landes zusammenzuarbeiten, hat allerdings bereits eine drastische Reduzierung der 100 000 Mann starken sandinistischen Armee angekündigt und den Oberbefehl über die Streitkräfte für sich reklamiert.

Die katholischen Bischöfe des Landes zeigten sich in einer öffentlichen Stellungnahme „befriedigt über die politische Reife der Nicaraguaner“. Sie würdigten ausdrücklich die Anstrengungen der Sandinisten, „mit zivilen Mitteln nach einer Lösung für die Probleme des Landes gesucht zu haben“. Kardinal *Miguel Obando Bravo*, der aufgrund seines großen Rückhalts in der Bevölkerung das sandinistische Regime zu mancher Konzession gezwungen hat, persönlich mehr Gegner des Regimes als Vermittler zwischen den Bürgerkriegsparteien war und den die bürgerliche Opposition stets als einen der ihren verstand, hatte während des Wahlkampfes große Zurückhaltung geübt. Auch Kritiker zollten dem Kardinal Anerkennung, weil er darauf verzichtet habe, die ohnehin starke Polarisierung in der Bevölkerung noch zu schüren. Nach den Wahlen forderte er Frau Chamorro auf, sich für eine Aussöhnung im Land einzusetzen, wie sie es für den Fall des Wahlsiegs versprochen habe.

Nicht so recht in das friedliche Bild paßte die Reaktion des antisandinistischen Widerstands, der von den Vereinigten Staaten gestützten und finanzierten „Contra“-Verbände. Die rund 10 000 Kämpfer lehnten ihre Entwaffnung, die nach dem Friedensplan der mittelamerikanischen Länder bereits bis zum 5. Dezember 1989 erfolgen sollte, „vorläufig“, zumindest bis zum Regierungswechsel am 25. April, ab. Contra-Kommandant *Ismael Galeano* will mit seinen Truppen und deren Familien auf honduranischem Territorium abwarten, bis die Armee der neuen Regierung unterstellt ist. Frau Chamorro reagierte mit der öffent-

lichen Aufforderung an die Contra-Führer, die Waffen sofort niederzulegen. Die Bischöfe bezogen in dieser Frage nicht eindeutig Stellung; Kardinal Obando forderte hingegen die Regierung auf, „alle Macht“ abzugeben: „Die Verlierer müssen ihre rechtmäßige Oppositionsrolle mit Reife, Verantwortungsbeußtsein und ohne Groll wahrnehmen.“

Ein neuer Prüfstein der US-Lateinamerikapolitik

Wie die Länder Europas begrüßte auch die amerikanische Regierung das Wahlergebnis als Sieg des nicaraguanischen Volkes und der Demokratie in Lateinamerika. Der Wahlsieg des Oppositionsbündnisses hatte die Regierung in Washington völlig unvorbereitet getroffen. Noch zwei Tage vor der Wahl hatte Präsident *George Bush* erklären lassen, im Falle des wahrscheinlichen Sieges der Sandinisten verlangten die USA „eine längere Phase des Wohlverhaltens“ der Regierung Ortega, bevor Washington zu einer Normalisierung der Beziehungen übergehen könne. Sosehr die Vereinigten Staaten sich durch den Sieg der Opposition in ihrer umstrittenen Hardliner-Politik gegenüber dem Regime in Managua auch bestätigt fanden – an die Konzipierung einer nachsandinistischen Mittelamerika-Politik hatte offenbar niemand gedacht.

Auch drei Wochen nach den Wahlen existiert lediglich die Zusicherung des amerikanischen Präsidenten, die 1985 verhängte Handelsblockade und das amerikanische Veto für Kredite bei der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank aufzuheben. Der Wirtschaftsberater der designierten Präsidentin, *Francisco Mayorga*, erhielt in Washington keine finanziellen Zusagen, sondern nur die Auskunft, die amerikanische Regierung werde alles daransetzen, wenigstens einen Teil der angeforderten Soforthilfe in Höhe von 500 Mio. Dollar aufzubringen. Eine längerfristige Hilfe zum Aufbau der Wirtschaft müsse über den neuen Etat finanziert werden. Mayorga reiste enttäuscht nach Tokio und nach Europa weiter.

Die dringend erforderliche Unterstützung der maroden nicaraguanischen Wirtschaft wird ein Prüfstein der amerikanischen Lateinamerika-Politik sein. Am Ausmaß der Hilfe für Nicaragua – dasselbe gilt auch für Panama – wollen die Lateinamerikaer ablesen, ob es Washington nur um die Beseitigung unliebsamer Regime in seiner Interessensphäre geht oder, wie immer wieder beteuert wird, um die „Entwicklung der Region in Freiheit und Demokratie“. Wie in Osteuropa befürchtet man auch in Lateinamerika, daß die Amerikaner den lobenden Worten über die politische Entwicklung kaum Taten folgen lassen könnten. – Die Bundesregierung will schon bald Mittel für Nicaragua bereitstellen. (Die Regierung Ortega erhielt keine Wirtschaftshilfe mehr aus Bonn.)

Die Regierung Chamorro übernimmt ein politisch zerstrittenes und wirtschaftlich ausgeblutetes Land. Die ideologische Streitfrage, ob der US-Handelsboykott, der Contra-Krieg oder die sandinistische Mißwirtschaft den größeren Anteil an der Misere hat, ist mit dem Wahlergebnis überflüssig geworden. Für den Blick in die Zukunft zählen nur die Fakten und Daten: am Ende der sandinistischen Herrschaft ist Nicaragua mit dem karibischen Inselstaat Haiti das ärmste Land Lateinamerikas. Das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt unter 300 Dollar. U. a. mit Massenentlassungen von Staatsangestellten und der Aufhebung von Nahrungsmittelsubventionen konnte die Regierung Ortega im vergangenen Jahr die Inflation von 30 000 auf 2 000 Prozent senken. Obwohl der private Sektor trotz weitgehender Verstaatlichung von Handel und Banken einen gewissen Spielraum behielt, ging ein beträchtlicher Teil der Unternehmerschaft ins Exil. Die meisten der 150 000 in den USA lebenden Nicaraguaner wollen nach ersten Umfragen vor einer Rückkehr zunächst die wirtschaftliche Entwicklung unter der neuen Regierung abwarten. Nach Angaben der Weltbank hat Nicaragua insgesamt 6,1 Milliarden Dollar Auslandsschulden, nach anderen Angaben sollen es nur

500 Millionen sein. Trotzdem sieht die Weltbank – eine ausreichende ausländische Soforthilfe vorausgesetzt – gute Chancen für einen raschen Wiederaufbau der Landwirtschaft, der Haupterwerbsquelle des Landes.

Kann Violeta Chamorro standhalten?

Politisch steht die neue Regierung vor einer nicht minder schwierigen Aufgabe. Mit 40 Prozent der Parlamentsitze ist die FSLN nach wie vor stärkste Fraktion. Eine Änderung der sandinistischen Verfassung sowie die Entflechtung der allgegenwärtigen sandinistischen Partei von politischen Strukturen und öffentlichen Ämtern dürfte ebenso schwierig wie notwendig sein. Es muß sich zeigen, ob die FSLN, wie Ortega zugesagt hat, im nationalen Interesse Kooperationsbereitschaft zeigt oder ob sie ihre starke oppositionelle Stellung dazu nutzt, die Regierung, wo immer möglich, zu blockieren. Man kann sich allerdings nur schwer vorstellen, daß die Sandinisten künftig gegenüber der Regierung einlenken.

Viel wird davon abhängen, ob sich die gemäßigten Kräfte der beiden politischen Lager gegen extreme Positionen durchsetzen können. Bischof *Pablo Antonio Vega*, 1986 von der sandinistischen Regierung des Landes verwiesen und in Miami lebend, befürchtet, daß rechtsextreme Exilanten nach Nicaragua zurückkehren und dort „alte Privilegien wieder einfordern“ könnten. Auch deshalb müsse die nicaraguansische Kirche ihre vermittelnde Rolle zwischen den politischen Fronten weiter wahrnehmen (Catholic News Service 27. 2. 90).

Eine noch größere Unbekannte als die Sandinisten in der Opposition stellt das Wahl- und zukünftige *Regierungsbündnis UNO* dar. Bestehend aus 14 Parteien von ganz rechts bis zu den Kommunisten, hatte es sich im Wahlkampf auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, die Gegnerschaft zu den Sandinisten, geeinigt. Ist ein Bündnis aus drei konservativen, drei liberalen, drei sozialdemokratischen, drei christlich-sozialen und zwei marxistischen Par-

teien überhaupt regierungsfähig, noch dazu mit einer eingeschworenen, durchorganisierten sandinistischen Partei in der Opposition? Violeta Chamorro, die ihren Sieg für eine „göttliche Entscheidung“ hält, braucht, wenn sie die sechsjährige Amtszeit überstehen will, ein hohes Maß an Integrationskraft und Durchsetzungsvermögen gleichermaßen – immer vorausgesetzt, das Regierungsbündnis bricht nicht auseinander, womit fast schon zu rechnen ist.

Bereits ihre ersten, im Ausland positiv aufgenommenen Ankündigungen, etwa die Fortsetzung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion oder der Verzicht auf strafrechtliche Verfolgung von Amtsmißbrauch unter der sandinistischen Regierung lassen bereits erkennen, daß ihre Politik jeweils schwerlich die Zustimmung des ganzen Bündnisspektrums finden kann. Fraglich ist auch, ob sie dem Druck ihrer eigenen rechtskonservativen Gefolgsleute standhalten und einen pragmatischen Kurs halten kann. Es ist zudem kein Geheimnis, daß Frau Chamorro (auch nach eigenem Bekunden) über ein nur schwach ausgebildetes politisches Talent und nur sehr geringe politische Erfahrung verfügt: „Ich bin keine Politikerin, ich bin ein Symbol.“ Nach dem Tod ihres 1978 unter Somoza ermordeten Mannes und der Machtübernahme durch die Sandinisten war sie kurze Zeit Mitglied der Revolutionsjunta. Danach führte sie den Verlag ihres Mannes weiter, in dem die oppositionelle Zeitung „La Prensa“ erscheint.

Mit der Wahl von Violeta Chamorro ist in Nicaragua ein linksrevolutionäres Regime gescheitert, in das – jedenfalls zu Beginn – weltweit Hoffnungen gesetzt worden waren. Ein starrer Staats- und Parteidirigismus, die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten (wenn auch nicht vergleichbar mit den schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen etwa im Nachbarland El Salvador), ein ungewollter, aber nichtsdestoweniger blutiger Krieg und der katastrophale wirtschaftliche Niedergang hatten der siegreichen Revolution von 1979 den Glanz genommen. G. B.